

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., halbjährlich 33.— Mk., jährlich 63.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
 ***** der Freien Stadt Danzig *****
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk., von auswärts 2,40 Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsmagazin nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 6.— Mk., von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Druckerei: Danzig 1921, Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 251

Donnerstag, den 27. Oktober 1921

12. Jahrgang

Die neue Reichsregierung.

Das neue Kabinett

sehen sich wie folgt zusammen:

- Reichskanzler und Auswärtiges: Dr. Wirth.
- Vizekanzler und Schatzminister: Bauer. (Soz.)
- Innere: Dr. Brüning. (Soz.)
- Wehrminister: Csehler.
- Wirtschaftsminister: Robert Schmidt. (Soz.)
- Ernährungsminister und gleichzeitig vorläufiger Reichsfinanzminister: Dr. Hermes.
- Postminister: Gieseler.
- Arbeitsminister: Brauns.
- Verkehrsminister: Groener.
- Justizminister: Dr. Radbruch. (Soz.)
- Das Wiederaufbauminstertum bleibt vorerst unbefüllt.

Der Reichstag zur obereschlesischen Entscheidung.

Erst nach 4 Uhr konnte die auf 12 Uhr anberaumte Sitzung des Reichstages eröffnet werden, da der Bildung des neuen Kabinetts fortlaufend neue Schwierigkeiten entgegenstanden. Besonders die Demokraten mußten nicht, wie sie sich entscheiden sollten. In letzter Stunde beschlossen sie, dem Kabinett fernzubleiben. Infolge dieses Beschlusses schied auch für das neue Kabinett zum Wiederaufbauminstertum vorgesehene Walter Rathenau aus.

Präsident Ebert eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß der Reichstag Stellung nehmen müsse zu dem schweren unheilvollen Schicksal, den das Vaterland unter der Zerreißen Obereschlesiens erlitten habe. Er wolle der Entscheidung des Hauses nicht vorgreifen, aber er müsse doch ein Wort sagen, indem er der 220 000 Familien gedenkt, die ihre Stimme für uns abgegeben und die nun gezwungen von uns Abschied nehmen mußten. Wir wollen ihnen noch einmal die Hand auf die Schultern legen und ihnen sagen, Treue um Treue. Dieses Gelübnis wird geschehen. (Bravo.)

Der Reichskanzler Dr. Wirth stellte zunächst sein neues Kabinett vor und verlas darauf eine

Erklärung der neuen Regierung über Oberschlesien.

Im wesentlichen besagt diese folgendes:

Vor die Entscheidung der Botschafterkonferenz gestellt, hat sich die frühere Regierung entschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten ihre Demission anzuzeigen, um mit diesem Schritt die Auffassung zu betätigen, daß sie die Entscheidung über Oberschlesien in der Form, wie sie erfolgt, als ein Unrecht, als ein Unglück ansieht. Im Namen der neuen Regierung erkläre ich, daß auch sie in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkte der vorigen Regierung abweicht. Auch die neue Regierung ist der Meinung und betont dies fernerlich vor aller Welt, daß durch den Spruch der Botschafterkonferenz Deutschland und dem betroffenen Oberschlesien harte Gewalt angetan wird. (Lebh. Zustimmung.) Nach unserer Auffassung, die mit dem alliierten Rechtsempfinden identisch ist, verstößt die Uebertragung der Entscheidung an eine andere Instanz gegen den klaren Wortlaut des Vertrages. (Lebh. Zustimmung.) Die getroffene Entscheidung stellt ausdrücklich fest, daß die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete zerreißt, also die Gefahren und Nachteile für das Land Oberschlesien nicht vermindert, die durch die Bestimmungen des Vertrages vermieden werden sollten. Daraus ergibt sich, daß eine solche Grenze nicht gezogen werden dürfte, weil sie die Deutschland durch den Vertrag gewährleisteten Rechte verletzt. Zugleich mit der Festlegung der Grenzlinie haben die alliierten Hauptmächte beschlossen, den beteiligten Staaten ein Übergangsregime aufzuzwingen, eine Maßregel und Verfügung, die gänzlich außerhalb der ihnen vom Vertrag zugeschriebenen Befugnisse liegt. (Sehr richtig!) Artikel 92 verpflichtet Deutschland, lediglich mit Polen ergänzende Abkommen zu treffen, nirgend aber bestimmt er, daß der Inhalt eines solchen Abkommens von den Alliierten diktiert werden kann. (Lebh. Zustimmung.) Diesen Standpunkt und diese Rechtsauffassung wird die neue Regierung den alliierten Hauptmächten in einer ihr geeignet erscheinenden Weise unterbreiten zum Ausdruck bringen. Sie wird keinen Zweifel darüber lassen, daß sie die Entscheidung der Botschafterkonferenz als gegen Vertrag und Recht verstoßend erachte und daß sie Deutschlands Recht auf das unentziffene Land in keiner Weise als beeinträchtigt erachten kann durch einen Zustand, der hier durch Gewalt geschaffen werden soll. (Lebh. Beifall.)

Unsere erste Pflicht ist es, hunderttausende deutscher Volksgenossen, die durch den Machtbruch zu Boden ge-

schlagen werden sollen, nicht im Stich zu lassen und den Versuch zu machen, die durch die Zerfurchung von Oberschlesien drohende Verelendung blühender Gebiete soweit wie möglich abzuschwächen. Von solcher Betrachtungsweise ausgehend, wird die neue Regierung einen Bevollmächtigten zu den Wirtschaftsverhandlungen ernennen und dies den alliierten Hauptmächten unverzüglich mitteilen. Es ist kein Zweifel, und es wäre ein schwerer Fehler, der deutschen Bevölkerung und dem Auslande zu verheimlichen, daß die Deutschland verbliebene Wirtschaftskraft durch die Entscheidung über Oberschlesien so vermindert wird, daß alle Berechnungen, die auf dieser Grundlage hinsichtlich der Erfüllung der deutschen Reparationsleistungen aufgestellt waren, aufs neue in starke Zweifel gezogen werden müssen. Der Kanzler gibt sodann eine Schilderung dessen, was Deutschland in Oberschlesien an Werten verliert, legt gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung die fierlichste Verwahrung ein und fährt fort: Lediglich durch die in der Note ausgesprochene Drohung und um die der deutschen Bevölkerung des obereschlesischen Industriegebiets sofort bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu vermeiden, sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend, die darin vorgesehenen Delegierten, ohne damit ihre Rechtsauffassung zu ändern, zu ernennen. (Lebh. Beifall.)

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Abg. Müller-Frankel (Soz.) dankt den obereschlesischen Wählern für ihre Haltung, um so mehr, als gerade die deutschen Gewerkschaften dort die stärksten Träger des deutschen Gedankens seien. Wir müssen den Oberschlesiern praktische Hilfe leisten. Der Idee des Völkereingedenkens entspringend, habe der Spruch uns keinen Dienst erwiesen. Der Spruch hätte von einem unparteiischen Gerichtshof gefällt werden müssen, nicht von den Beteiligten selbst. König George habe selbst auf anderem Standpunkt gestanden, sei aber doch schließlich umgefallen. Der Verlust Oberschlesiens erschüttert die Erfüllungsmöglichkeiten. Daran ändert auch das 15 jährige Interregnum nichts. Der wirtschaftliche Gedanke muß über den nationallistischen siegen. Darum müssen die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen im Sinne der Verständigung geführt werden. Kiedner dankt dem Reichskanzler im Namen seiner Partei für seine Opferwilligkeit in schwerster Stunde. Fällt die Entscheidung heute gegen den Reichskanzler aus, dann hat auch die Mehrheit die Pflicht, die Regierung zu bilden.

In der weiteren Debatte sprachen Pfarzer (Ulkta vom Zentrum, Rahl (Dt. Sp.), Breitscheid (USP.), Dr. Hergt (Dtnak.), der sich damit tröstete, daß das neue Kabinett nur eine Eintagsfliege sein würde, und von den Kommunisten Maljahn, Heydemann und Levy. Abg. Schücking gab namens der Demokraten eine Erklärung ab, die stärksten Protest gegen die Entscheidung über Oberschlesien ausspricht und die Vorwürfe gegen die Politik der demokratischen Fraktion zurückzuweisen sucht. Abg. Emminger (Bayerische Sp.) verlas eine Erklärung seiner Fraktion, die schärfsten Einspruch gegen das Genser Diktat erhebt und sich gegen die Entsendung eines deutschen Delegierten ausspricht.

Vertrauensstimmung für das neue Kabinett.

Nachdem die Abgg. Marx (S.), Müller-Frankel (S.) und Ledebour (USP.) die Erklärung abgegeben haben, daß ihre Fraktionen nur für den Vertrauensantrag stimmen werden, kommt es zur namentlichen Abstimmung, in der das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Unabhängigen für den Vertrauensantrag stimmten. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Vertrauensvotums für die neue Regierung mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen. Auch über den Antrag Emminger erfolgt namentliche Abstimmung. Der Antrag wird mit 213 gegen 152 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis wird von Seiten der Reichstag vertritt sich darauf nachts 12 Uhr auf Donnerstag, den 3. November.

Polnischer Dank an Frankreich.

Paris, 26. Okt. (WB.) Der polnische Gesandte bestätigte heute vormitag dem Ministerpräsidenten Briand, daß seine Regierung die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien angenommen habe und drückte ihm nach der Havasagentur den Dank dafür aus, daß Frankreich bei dieser Gelegenheit Polen keine wohlwollende Unterstützung gewährt habe!

Die bayerische Mörderzentrale wieder in Tätigkeit.

Mordversuch an dem Genossen Kuer.

München, 26. Okt. (WB.) Als gestern nacht um 11 1/2 Uhr der Abgeordnete Kuer das Gewerkschaftshaus, in dem eine Vorstandssitzung stattgefunden hatte, mit vier Begleitern verließ und am Steffensberg vorüberging, wurde aus dem an das Gewerkschaftshaus angrenzenden Friedhof zwei Schüsse auf ihn abgefeuert, die ihr Ziel aber verfehlten. Kuer, der selbst eine Schutzweste bei sich führte, gab fünf Schüsse in der Richtung ab, aus der die Schüsse gefallen waren. Die Polizei suchte den Friedhof ab, ohne den Täter zu entdecken. Kuer hatte in den letzten Tagen Drohbriefe erhalten, in denen ihm das Schicksal Eisners angekündigt wurde. Ein im Gewerkschaftshaus beschäftigter Mann gibt an, während der Vorstandssitzung auf dem Friedhof einige Männer beobachtet zu haben, die in das Gewerkschaftshaus hineinsahen. Auffallend war auch, daß ein Unbekannter Kuer in das Gewerkschaftshaus hinein folgte, als dieser sich zu der Vorstandssitzung begab.

Aus den Geheimnissen der Münchener Mordpläne.

Die „Münchener Post“ nimmt den Putsch des Reichers zum Anlaß, die engen Beziehungen zwischen dem Führer der bayerischen Nationalsozialisten Hitler zu den österreichischen Nationalsozialisten, zum Erzberger-Mörder, zum Polizeipräsidenten Pöcher, zum Rappisten Ehrhardt, der im Hauptquartier der Nationalsozialisten unaufrichtig fotografiert worden ist, zum Führer des Freiwirtschaftlichen Oberland Hauptmann von Kessel, zu Dr. Ruge und schließlich zu Ludendorff aufzudecken. Als Hauptstabschef dieser Mordaktion bezeichnet unser Parteivorstand einen in Berlin wohnenden Amerikaner, der durch einen Großindustriellen zur Unterstützung der Bewegung veranlaßt wurde.

Im Frühjahr d. J. wurden in einer Ausschussung der Nationalsozialisten Pläne zur Ermordung Erzbergers bekannt. Erzberger war damals zu einem Vortrag nach München geladen und bei dieser Gelegenheit sollte die Mordtat ausgeführt werden. Man wurde sich aber über die Rollenverteilung unter den Nationalsozialisten nicht einig. Die größten Geber versuchten andere Mitglieder zu der Tat vorzubereiten. Die Herren, die an dieser Sitzung teilgenommen haben, sind unserer Partei wohlbekannt. Man hat auch einen Plan zur Ermordung des Reichministers Rathenau beraten. Zur Ausführung dieser Tat sollten einige Leute nach Berlin geschickt werden. Der Schlag lag unter Parteiführern. Die jetzige Regierung und die Reichsdirektion werden beide zerstört müssen, ob sie zu Herrn Hitler und seinem Verbände ebenfalls Beziehungen unterhalten, wie Pöcherer es mit den Rappisten gepflegt hat. Wir haben sichere Anhaltspunkte dafür, daß Organe der Staatsverwaltung im alten Sinne tätig sind.

Die 2. Internationale fordert Abänderung der obereschlesischen Entscheidung

und Revision des Versailler Vertrages.

London, 26. Okt. „Daily Herald“ veröffentlicht eine Rundgebung des Volksgangsausschusses der zweiten Internationale, in der eine Abänderung der Völkereingedenkbestimmungen in der obereschlesischen Frage und der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages gefordert wird. Der Volksgangsausschuss legt dagegen Verwahrung ein, daß Fragen wie die obereschlesische, im Interesse kapitalistischer Ausbeutung geregelt werden. Der Ausschuss fordert die Arbeiter aller Länder Europas und ihre Vertreter im Parlament auf, auf eine Politik zu dringen, die erstens die Volksbestimmungen anerkennt, zweitens Minderheiten schützt und drittens die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages völlig abändert, damit nicht unter dem Namen von Reparationen Zahlungen stattfinden, die zur Vertreibung der Arbeiterklassen in den geschlagenen Nationen führen und Millionen Arbeiter in den reicheren Ländern erwerbslos auf die Straße werfen.

Der Verkehr im Petersburger Hafen. Nach amtlichen Angaben sind seit Beginn der Navigation bis zum 13. Okt. d. J. im Petersburger Hafen 200 ausländische Schiffe eingelaufen, davon waren (bis zum 1. Oktober) 92 deutsche, 25 englische, 14 dänische, 13 holländische, 7 schwedische und 6 norwegische. Die Einfuhr betrug bis zum 1. Oktober 15 540 000 Pud (1 Pud = 16,38 Kilogramm). In der gleichen Zeit verließen 9 russische Schiffe den Hafen, die 90 Staudart Holz, 474 696 Bretter, 48 795 Pud Rohschaf, 7 300 Pud Flach-Halbfabrikate und 106 000 Pud Asbest ins Ausland ausführten. Die von der Sverdrup-Expedition auf dem Seewege aus Liverpool und Hamburg nach der Nordküste Sibiriens gebrachten Waren sind nunmehr in Omsk, Nikolajewsk und Krasnojarsk eingetroffen, darunter: 2000 landwirtschaftliche Maschinen, 165 000 Kiste, 50 000 Kisten mit Nägeln, 22 000 Kisten Schläffer, 20 000 Pud Zucker und 15 000 Pud Tee.

Stellt sie an die Wand!

Gemeint sind die sympathischen Zeitgenossen, die mit den notwendigen Nahrungsmitteln Wucher treiben. Die Forderung, sie an die Wand zu stellen, wird nun nicht etwa von sozialdemokratischen „Gebern“ erhoben, sondern von christlichen Arbeitern. Die christlichen Arbeiter wenden sich gegen den Wucher der christlichen Landwirte und gegen die Ernährungspolitik des Zentrumsmanne's Hermes in einer Form, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Von sozialdemokratischer Seite gegen die Landwirtschaft und gegen einen politischen Gegner im Reichsernährungsamt kann also nicht geredet werden, wenn wir die jetzige Wirtschaft des Wohlstands und der Katastrophe gebührend kennzeichnen. Die schamlose Ausbeutung der Not des Volkes ist in all den Kreisen, die arbeiten und leiden müssen, dieselbe Empörung aus:

In der Presse der christlichen Arbeiter finden wir diesen Nachschreib:

„Regierung, Bischöfe, Geistliche, Abgeordnete, alles hat sich schon bemüht, geholfen hat es aber nichts. Der Kartoffelpreis steigt. Häßler, Bauern und leider auch einige zahlungsfähige Werksarbeiter treiben die Preise weiter. Und die große Masse? Sie schaut diesen Treiben heute noch apathisch zu, bis das Maß voll ist. Die große Masse der Arbeitnehmer ist ausgepumpt, in Beamtenkreisen besonders herrscht eine Not, wie sie schlimmer nicht werden kann. Die letzten Lebensmittelzulagen waren wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Kleidung, Nahrung, alles ist verbraucht, und nun kommt eine Preiswelle, die alles andere in den Schatten stellt. Selbst das Notdürftigste erhofft? Und auf der andern Seite? Preisgewinne, Prassen, Schwelgen: in nie gekanntem Art und Weise. Woher haben diese Kreise denn noch so viel Geld? Dem Arbeitnehmer wird von seinem knappen Lohn, der nicht einmal an das Existenzminimum herankommt, noch der Steuergrößen abgezogen — die große rationale Tat. Und wo sind die Steuern der andern? Jeder, der heute mehr nimmt, als zum Leben unbedingt notwendig ist, treibt Wucher, treibt Vaterlandsverrat.

Wo ist der große Mann, der hier endlich seine Bahn schafft? An die Wand mit jedem Schieber und Wucherer, man schlichte sofort die Schätten wästen Schwelgenen und unsinniger Verschwendung.

In letzter Stunde rufen wir der Regierung noch einmal zu: „Werde hart!“

Es ist allerhand, wenn die Christen „Schieber und Wucherer an die Wand stellen“ wollen. Zwar fürchte wir, daß selbst die Todesstrafe den Wucher nicht verhindern würde, denn wer schmutzige Geldscheine sieht, fürchtet kein Risiko. Erhöhtes Risiko hat nur die Folge, daß auch der Preis entsprechend steigt. Mit dem Abschrecken ist kaum etwas zu bessern, mit zweckmäßigen organisierten Einrichtungen muß vorgegangen werden. Zur Lösung ist es erstreblich, daß in allen Kreisen den Verbrauchern der Geduldsfaden zu reißen droht. Wenn sich die Verbraucher nicht regen, werden sie vom Wucher ganz ausgehungert.

Die Ostjuden in Deutschland.

Das Arbeiterfürsorgeamt der Jüdischen Organisationen Deutschlands hat eine aufschlußreiche Schrift über die Ostjuden in Deutschland herausgegeben; ihr ist folgendes zu entnehmen:

Von jenen Hunderttausenden von Ostjuden, mit denen die monarchistische Pogromhysterie treiben gehen, ist gar keine Rede; ihre Zahl bewegt sich nur um 60 000 herum, und zwar lebt ein Teil seit Jahrzehnten in Deutschland, ein anderer, etwa 30 000, ist von der Dubendorfschen Heeresleitung zur Munitionsherstellung aus dem besetzten Osten nach Deutschland verpflanzt worden — nicht selten zwangsweise —, und der Rest ist vor Pogromen und Heeresdienst aus Polen usw. geflüchtet. Das Arbeiterfürsorgeamt bemüht sich mit Erfolg, die proletarischen Ostjuden nicht dem deutschen öffentlichen Leben zur Last fallen zu lassen. Deutschland ist bei seiner dichten Besiedelung niemals ein Einwanderungsland für Ostjuden gewesen; viele sind nach 3—5 Monaten westwärts weitergezogen, und nach dem russisch-polnischen Friedensschluß hat auch die Rückwanderung wieder eingesetzt.

Von den im Arge eingewanderten oder hergebrachten ostjüdischen Arbeitern wurden viele durch die Deutlichmachungsvorordnung arbeitslos. Heim konnten sie nicht — so wurden sie Händler. Der Verlust hebt hervor, daß z. B. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, das von dem Zwang zur Entlassung der Ausländer freigelassen blieb, das Verhältnis zwischen deutschen und ostjüdischen Arbeitern rein kollegial ist und die Gewerkschaften widerhaft für diese eingetreten sind, bis zu den Misserissen hinauf. Auch auf mecklenburgischen, pommerischen und anderen Landgütern sind ostjüdische Arbeiter zur Zufriedenheit tätig, so daß sogar weitere veranlagt worden sind. Die ostjüdischen Arbeiter sind nahezu vollständig in den Gewerkschaften, ihre einzige deutsche Zeitung, die „Jüdische Arbeiterstimme“ der sozialistischen Richtung „Boale Zion“, ist antikommunistisch. Der zionistische Organisation ist nur ein Teil angeschlossen, die „Sapocel Gazair“ mit dem deutschen Organ „Die Arbeit“. Da haben erscheinen mehrere Blätter in der ostjüdischen, hebräischen Lettern gebrauchenden Sprache, die bekanntlich zum großen Teil jenseits Deutschlands ist, das die Juden zur ihrer Vertreibung aus Deutschland nach Polen sprachen — also Mittelhochdeutsch, freilich mit vielen hebräischen und wohl auch etlichen polnischen Einsprengungen. Kulturvereine, Lesevereine und Kreisvereine sind aus der Initiative der Masse selbst entstanden.

Bolschewistische Eisenbahntarife.

Bisher hatte jeder russische Staatsbürger Anspruch auf freie Beförderung auf der Eisenbahn. Die Erfüllung dieses Anspruches war natürlich ein gewisser Privileg. Die Zahl derer, die die Eisenbahn benutzen wollten, war die wirklich sie benutzen konnten, verteilt sich ungefähr so, wie die Aktien in einer Lotterie zu den Gewinnern. Nunmehr wird die kommunistische Herrschaft mit aller Energie abgebaut und dem „Kapitalismus“ wieder Raum geschaffen. Die Sowjetregierung hat jetzt Fracht- und Personentarife aufgestellt, die für die Benutzung der Eisenbahn untragbar sind. Wer nicht zahlen kann, wird nicht befördert. Diese Tarife weisen geradezu phantastische Preise auf. Die billigste Eisenbahntarife für Entfernungen, wie sie heute im Vorortverkehr der größeren Städte bestehen, kostet — 15 000 Rubel. Eine Fahrkarte über eine Strecke wie ungefähr zwischen Berlin und Köln kostet 128 000 Rubel. Wer früher in Rußland einen Weg von 15 000 Rubel hatte, der einen Wert von etwa 33 000 Mark entsprach, konnte damit ein heisches, aber durchaus höchstes Rentnerleben führen. Heute braucht man den gleichen Kapitalbeitrag, um mit der Eisenbahn eine Strecke zu bewältigen, die man an einem Tage auch zu Fuß zurücklegen kann.

Auch die Gütertarife sind unhaltbar. In der Zone der geringsten Entfernung kostet der Transport für ein Kubik Gepäck 2004 Rubel; wer eine große Reise über die weiten Gebiete Rußlands unternimmt und damit auf eine Eisenbahnreise von 10 000 Kilometern rechnen kann, hat 1 155 000 Rubel zu bezahlen. Hat er auch noch Gepäck, so kostet ihm ein kleines Handkörbchen abermals die dreifache Summe von 2 15 000 Rubel.

Der Bankrott des Bolschewismus.

Der Sonderberichterstatter des Kopenhagener Parteiblattes „Socialdemokraten“, Genosse Marius Wulff, hatte in Moskau eine Unterredung mit dem jenseits aus Moskau eingetroffenen Gesandten der Sowjet-Republik Litwinow.

Auf die Frage, ob der Handel in Rußland im allgemeinen jetzt frei sei, antwortete Litwinow: Der Handel ist jetzt frei mit den Ländern, mit denen wir Handelsabkommen haben. Wir haben für Milliarden Waren eingekauft in Schweden und in Deutschland. Etwas geringer waren unsere Einkäufe in Amerika und in England. Der Handel ist insoweit frei, als es die Sowjetregierung ist, die kauft. Dagegen ist es Privatpersonen noch immer verboten, mit dem Ausland zu handeln. Es ist immer unser Gedanke gewesen, Wege zu finden, um Handelsverbindungen zu knüpfen, weil Rußland Waren aus dem Ausland braucht. Unsere einzigen Motive dabei sind Handelsmotive gewesen. Der Mitarbeiter fragte: „Macht politische Propaganda?“ Litwinow antwortete: „Absolut nicht!“ Wir haben keine politischen Motive in dieser Hinsicht.

Wir denken nicht an eine politische Aktion in Europa.

Ich gestehe, daß in dieser Beziehung sehr großes Mißtrauen gegenüber der Sowjetregierung herrscht und daß dieses Mißtrauen unseren Verhandlungen nicht günstig gewesen ist. Mit Unrecht schiebt man uns gewisse aggressive Absichten zu. Ich muß aufs allerstärkste betonen, daß die russische Regierung keineswegs mit der Dritten Internationale identisch ist und daß alle unsere Handelsrepräsentanten — und übrigens auch die politischen — nichts mit der Dritten Internationale zu tun haben. (Die Red.) Wir brauchen nicht Propaganda zu machen für unsere kommunistischen Ideen. Sie werden ihren Weg finden im Westen Europas ohne unsere Hilfe, herbeigeführt durch die wirtschaftliche Situation.

Auf die Verhältnisse in Rußland übergehend, fragte der Berichterstatter: „Wie denken Sie über den Bankrott des Kommunismus?“ Litwinow wiederholte fragend: „Bankrott des Kommunismus?“, worauf der Berichterstatter sagte: „Ist Rußland nicht dabei, dem Staatskapitalismus in der Privatkapitalismus einzuschmelzen?“ Litwinow antwortete:

Der Kommunismus kann nur in internationalem Maßstab verwirklicht werden.

Auf die Dauer kann kein kommunistisches Land isoliert bestehen. Die bolschewistische Revolution im November 1917 ist in der Voraussetzung geschehen, daß der europäische Krieg solche internationalen Folgen haben würde, daß sich die entscheidende Revolution im Laufe von kurzer Zeit in den westeuropäischen Ländern ausbreiten würde. Das kapitalistische Regime im Westen Europas hat sich aber weit mehr lebenskräftig gezeigt, als wir damals in Rußland annahmen. Auf der anderen Seite ist man in den kapitalistischen Ländern in der Hoffnung getäuscht worden, daß leicht ein Ende gemacht werden konnte mit dem kommunistischen Rußland. Rußland ist also das einzige kommunistische Land in Europa mit kommunistischer Regierung und von lauter kapitalistischen Staaten umgeben.

Wir können uns nicht von der Umwelt ausschließen.

Insofern muß ein modus vivendi zur Verbindung zwischen diesen beiden Systemen gefunden werden.

Es kann auf der einen Seite nur dadurch geschehen, daß man den kommunistischen Staat anerkennt, nicht als ein rein vorläufiges Phänomen, sondern als eine neue Tatsache, die ihre Existenzberechtigung in der jetzigen historischen Situation besitzt. Auf der anderen Seite müssen wir

gewisse kommunistische Gesetze und Bestimmungen abschaffen.

die nur in einer allgemeinen kommunistischen Welt verwirklicht werden können. Die Arbeiterchaft Rußlands wird die Macht in den Händen behalten, die sie an sich gerissen und verteidigt hat durch vier Jahre Leiden und Kampf. Aber es wird eine kommunistischen Bestrebungen umformen und moderieren, insofern es dies notwendig erachtet zur Aufrechterhaltung seiner Macht und zur Schaffung eines friedlichen Zusammenwirkens mit anderen Nationen. Wir brauchen keine Propaganda zu machen. Die einzige Propaganda, auf die wir uns ein Recht vorbehalten, ist, all den Lagen und Verhältnissen entgegenzutreten, die von konterrevolutionären russischen Emigranten im Ausland über Sowjetrußland ausgebreitet werden.

Verdienste der Hohenzollern.

Wilhelm von Doorn war immer ein sparsamer Hausvater. Er ließ sich lieber beschenken, als daß er schenkte, am angenehmsten war es ihm, wenn der Staat die Lasten seiner repräsentativen und sonstigen Tätigkeit trug. Dafür erzielte er aus seinem persönlichen Taschengeld an der Zionsliste erhebliche Ersparnisse. Diese in der sogenannten Privatschatulle aufgespeicherten Beträge erreichten Ende 1918 die Summe von rund 50 Millionen Mark Nettwert. Ein großer Teil dieses Geldes ist in Industrieaktien angelegt. Industriepapiere steigen seit Jahr und Tag im Kurs. Wilhelm macht dabei kein Geschäft.

Er besitzt z. B. Aktien der AEG, sie stehen heute auf rund 630! Jede Aktie im Betrage von 1000 Mark ist 6300 Mk. wert, und Wilhelm von Doorn besitzt für 200 000 Mk. AEG-Aktien. Das sind 1 350 000 Mark!

In der Privatschatulle liegen Aktien der Elberfelder Farbenfabriken. Sie stehen heute auf 560, brachten gute Dividenden und sind mit glänzenden Bezugsrechten verbunden.

Ludwig Loewe steht zurzeit auf 790, Deutsch-Atlantische Telegraf auf 800. Es liegen in der Privatschatulle des ehemaligen Kaisers aber auch Aktien der deutschen Großbanken, der großen deutschen Verkehrsunternehmungen usw. usw. Alle diese Papiere steigen dauernd im Kurs, sie bringen ständig höhere Dividenden, und im besonderen, sie bieten ihren Besitzern oft Bezugsrechte, die den vielfachen Betrag der Jahresdividende ausmachen.

Deutschland leidet Not, aber die Hohenzollern haben ihre Verdienste. Sie verdienen vorläufig noch doppelt, denn bisher zahlten sie noch keine Steuern.

Als sich Wilhelm in Doorn einrichtete, legte er auch großen Wert darauf, genügend Tafel Silber zu erhalten. Er hatte ja im Gegensatz zu Friedrich II. den silbernen Tafelschmuck nicht geopfert, um damit „seinen Krieg“ führen zu lassen, er hat es nicht einmal lombardiert, um Kriegsanleihe zeichnen zu können. Die Fürsorge hat sich gelohnt. Aus der Vorsicht wurde ein Verdienst der Hohenzollern. So konnte sich Wilhelm doch unter anderem 1000 (einzeltausend) silberne Teller als Privateigentum nach Holland schicken lassen. Jeder

Der Schluß der Unterredung drehte sich um die internationalen Verpflichtungen Rußlands. Litwinow sagte: „Was die Bräuterei Entscheidungen betrifft, glauben wir immer noch, daß weder England noch Frankreich beabsichtigt, Rußland eine wirkliche Hilfe zu leisten. Alle diese Resolutionen und Erklärungen haben nur den Zweck, sich der humanitären Verpflichtungen zu entledigen. Man stellt z. B. die Bedingung auf, daß Rußland erst seine alten Schulden anerkennt, und dies gerode in einem Augenblick, wo England offiziell und Frankreich halb offiziell von der Sowjetregierung in Kenntnis gesetzt werden, daß der Sowjetstaat bereit ist, alle Schulden, verpflichtungen anzuerkennen. Hier handelt es sich aber nicht allein um die Frage, alte Schulden zu zahlen, sondern auch darum, Mittel zu finden, um dies zu tun. Aber diese Wege und Mittel müssen wir — die Sowjetregierung und die Weltmächte — gemeinsam Verhandlungen beraten. Hohe Resolutionen in Brüssel und anderswo führen zu nichts.“

Diese Äußerungen Litwinows sind zwar nicht die ersten dieser Art, die aus dem Munde eines Führers der Sowjetregierung gefallen sind, aber sie gewinnen dadurch an Bedeutung, daß sie in mancher Hinsicht noch freimütiger sind, als die seinerzeitigen aufsehenerregenden Erklärungen Lenins über die Notwendigkeit der Erteilung von Konzessionen an ausländische Kapitalisten.

Die Versicherung, daß die Organe der Sowjetregierung nichts mit der Dritten Internationale und ihrer Propaganda gemeinsam haben, wird zwar niemand ernst nehmen, aber was kann alle bolschewistische Propaganda noch ausrichten, nachdem der Bankrott des Bolschewismus so offensichtlich durch seine eigenen Väter bestätigt wird?

Rußlands Nachbarn geben nunmehr zu, daß sie sich über die Lebensfähigkeit des kapitalistischen Regimes in den siegreichen Weststaaten getäuscht haben und daß ein kommunistischer Staat in einer sonst kapitalistischen Welt unumgänglich lebensfähig sein kann. Als wir nach der Revolution unseren Gegnern links dies begreiflich zu machen versuchten und auf die Lebensfähigkeit des siegreichen Ententekapitalismus hinwiesen, wurden wir niedergeschrien und beschimpft. Und jetzt? Jetzt begründen die leitenden Männer Sowjetrußlands ihren neuen Kurs genau mit denselben Argumenten, wie wir damals unsere Ablehnung bolschewistischer Experimente rechtfertigten. Wir schämen uns glücklich, auch um den Preis jener empfindlichen Rückschlüsse, die wir als Partei dieserhalb erlitten, das deutsche Volk vor der furchtbaren Katastrophe bewahrt zu haben, die der Bolschewismus für Deutschland bedeutet hätte. In diesem Experiment sind Millionen von Russen wirtschaftlich und bürgerlich zugrunde gegangen. Keine noch so freimütigen Geständnisse lassen sie ausser Acht.

Lenin über die Niederlage der Sowjetpolitik.

Moskau, 25. Oktober 1921.

O. G. Auf der Moskauer russischen Konferenz der Komitees für politische Propaganda hielt Lenin eine Rede, in der er sagte, im Jahre 1918 sei die Regierung anfangs für eine vorläufige Politik gewesen, die mit der bäuerlichen Wirtschaft und mit der Notwendigkeit einer staatskapitalistischen Uebergangsperiode rechnete; der einsetzende Bürgerkrieg aber habe die Sowjetregierung gezwungen, sofort zur kommunistischen Erzeugung und Verteilung überzugehen. Die Erfahrung hätte jedoch inzwischen bewiesen, daß ohne eine Zwischenperiode nicht einmal der Uebergang zur untersten Stufe des Kommunismus möglich sei. Wir haben, fuhr Lenin fort, eine starke Niederlage erlitten und müßten einen strategischen Rückzug antreten; laßt uns alles von neuem beginnen, solange wir nicht völlig geschlagen sind. Die Niederlage im Frühjahr 1921 ist erster als alle vorherigen und ist auf den Ablieferungszwang in der Dorf- und den unvermittelten Uebergang zum Kommunismus in der Stadt zurückzuführen. Wir erkennen unsere Niederlage an und ziehen uns zurück. Allein wir müssen gestehen, daß der Rückzug leider an vielen Stellen in großer Unordnung vollzogen wird. Die Zeit ist gekommen, daß wir alles aufbieten müssen, damit die Umwälzung nicht nur eine politische bleibe. Anderenfalls sind wir verloren. Entweder es geht alle unsere Errungenschaften zugrunde, oder es muß eine wirtschaftliche Grundlage für die politische Umwälzung geschaffen werden.“

Teller ist 400 Gramm schwer. Da es sich um 800 Feinsilber handelt, so bedeuten allein die Teller einen Schatz von 320 Kilogramm Feinsilber. Das Gramm Feinsilber kostet sofort greifbar, kostet zurzeit 2,60 Mk. 320 Kilogramm Silber stellen unbearbeitet einen Wert von rund 832 000 Mark dar! Man kann also sagen, daß allein die silbernen Teller, die Wilhelm nach Doorn gerettet hat, eine runde Million Mark wert sind. Diese Werte bedeuten im doppelten Sinne ein Verdienst der Hohenzollern, denn sie haben sie bisher auch bei der Ausfuhr, und das ist doch zweifelsohne eine Kapitalausfuhr, Zoll- und steuerfrei nach Holland schaffen können.

Eine schwimmende Industrieausstellung. Im Hamburger Hafen liegt gegenwärtig der Biermasthoner „Schwalbe“, der mit einem Motor ausgerüstet ist. Das Schiff hat in seinen Räumen eine Industrieausstellung. In den nächsten Tagen erfolgt die Ausfahrt. Das Schiff soll zunächst einige französische und schwedische Häfen anlaufen, fährt dann nach portugiesischen Häfen und geht von dort die Reise nach Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Ägypten fort. Es soll im Auslande den Besuchern des Schiffes Zeugnis von der Tätigkeit der deutschen Industrie ablegen. Das Unternehmen wird vom Reich unterstützt.

Zur Steuerung der Kartoffelnot im Reich wird der Reichsernährungsminister ab heute in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Mecklenburg eine Sperrung des Stückgutverkehrs der Eisenbahn eintreten lassen. Die hierdurch freiwerdenden Wagen sollen ausschließlich für den Transport von Kartoffeln verwendet werden. — In Pommern, besonders in der Gegend von Stolp, ist eine ausnehmend große Kartoffelernte zu verzeichnen. Eine Folge dieser großen Ernte ist, daß eine Unmenge von Aufkäufern Pommerne unternimmt. Der Andrang der wilden Kartoffelhändler ist so stark, daß in den Hotels der mittleren und kleineren pommerischen Städte sämtliche Zimmer besetzt sind und der reguläre Reisendenverkehr keine Gästeplätze findet. Die wilden Händler überbieten sich in gewissenloser wucherlicher Weise. Die pommerische Bevölkerung hat dringendes Verlangen, daß von Regierungsgewalt dem schamlosen Kartoffelwucher in Pommern ein Ende gemacht wird.

Bilder aus unserem „Ordnungs“staat.

Der mißhandelte Abgeordnete. — Schwere Verdächtigungen gegen Senatoren. — Zurückweisung polnischer Eigenmächtigkeiten.

Die offiziellen, polnischen Empfänge ausländischer Journalisten in Danzig, die in der Danziger Bevölkerung lebhaften Unwillen erregten, wurden gestern im Volkstag eingehend besprochen. Während die Redner der bürgerlichen Mehrheitsparteien diese Vorgänge als Verletzung der Souveränität Danzigs kennzeichneten, stellten die polnischen Abgeordneten die Empfänge als äußerst harmlos hin. Die polnische Regierung in Warschau scheint jedoch anderer Meinung zu sein, denn sie hat auf Vorstellungen Danzigs anerkannt, daß Fehler gemacht worden sind. Unsere vielgerühmte „Ordnung“ führt jetzt schon dazu, daß Abgeordnete auf den Polizeiwachen mißhandelt werden. Nicht einmal ein Wort der Entschuldigung hielt der Senat für angebracht. Obendrein versucht man gegen den mißhandelten Abgeordneten ein Strafverfahren einzuleiten. Während der Aussprache über das Wachtstubenabenteuer des Abg. Raschubowski kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Abg. Mohn und den Deutschnationalen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten beschäftigt sich das Haus zunächst mit der großen Anfrage der Deutschen Partei über die

Aufnahme und Begleitung skandinavischer Pressevertreter durch Organe der polnischen Regierung in Danzig.

Abg. Dr. Voening (D.P.) begründet die Anfrage und führt dabei aus, daß die Anfrage nicht gestellt ist, um den Eindruck der Vorgänge in Warschau zu verwickeln. Im September sind auf Einladung Polens skandinavische Pressevertreter in Danzig empfangen worden. Sie sind von den polnischen Regierungsbeamten offiziell begrüßt worden. Bei einem Rundgang durch die Stadt hat man den skandinavischen Gästen die „polnischen Wachtstuben“ Danzig gezeigt. Am Abend hat in der Wohnung des diplomatischen Vertreters Polens ein Empfang stattgefunden. Dabei soll Minister Mucinski, nach der „Gazeta Odnaska“, die bekannte Ausrufung getan haben, daß Danzig zurzeit noch Ausland für Polen sei, daß das aber bald anders werde. Diese Ausrufung war Gegenstand eines Notenwechsels zwischen der Danziger Regierung und dem Minister, der dann erklärte, daß derartige Worte nicht gefallen sind. Nach den nordischen Pressevertretern sind noch englische und rumänische Journalisten in Danzig von Vertretern des polnischen auswärtigen Amtes empfangen worden.

Es sei gesagt worden, daß Danzig eine Frage des Faktes. In Wirklichkeit verleiht der offizielle Empfang den ausländischen Gästen in Danzig durch Polen gegen die internationalen Gesetze. Jeder Staat hat ein Recht auf die Achtung anderer Staaten. Die Presseempfangs waren ein Angriff auf die Selbstständigkeit der Freien Stadt Danzig und bieten dem Zweck, Danzig als einen Teil des polnischen Reiches erscheinen zu lassen.

Die Ansicht der polnischen Regierung.

Senatspräsident Dr. Jęchm ging zunächst auf den Notenwechsel ein, der sich aus Anlaß der Pressepolitik der „Gazeta Odnaska“ entwickelte und teilte dann mit, daß die Journalistenempfangs Gegenstand offizieller Besprechungen in Warschau waren. Die polnische Regierung habe anerkannt, daß hier ein Fehler gemacht worden sei. Die Regierung der Freien Stadt hat deshalb keine Ver-

anlassung weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen. Ferner richtet an Polen den Wunsch, solche Empfänge und Führungen zu unterlassen, da sie nicht im Interesse der guten Beziehungen zwischen Danzig und Polen liegen.

Abg. Dąbski (Dnail.) hofft, daß die Empfänge sich nicht wiederholen, damit das gute Einvernehmen nicht getrübt wird. Kleine Staaten müßten auch auf die formelle Beachtung ihrer Souveränität hingehend bedacht sein.

Abg. Beddersdorff (D.P.) betont, daß die Anfrage keine nationale Sache entwerfen soll. Die Empfänge bedeuten aber eine Verletzung der Souveränität Danzigs. Um den Anschein zu vermeiden, daß die Danziger Bevölkerung mit solchen Besuchen einverstanden ist, sei die Anfrage gestellt worden. Die wiederholten Vorgänge haben etwas Ärgernis für die Danziger Bevölkerung. Es soll im Ausland der Eindruck erweckt werden, daß Danzig wohl ein autonomes, aber kein souveränes Staatswesen bildet. Durch diese Art der Empfänge und Informationen erhalten auswärtige Pressevertreter ein schlechtes Bild von den rechtlichen Verhältnissen Danzigs.

Abg. Joegen (Z.) erblickt in den regelmäßigen Empfängen ausländischer Journalisten durch Polen in Danzig eine Verletzung der Rechte Danzigs, die schärfste Zurückweisung verdient.

Abg. Rau (U.S.P.) vertritt die Ansicht, daß der Presseempfang keine Bedeutung zumutet. Auch seine Funktion sei bereit, die Souveränität Danzigs zu verteidigen.

Beschuldigungsübersicht.

Abg. Dr. Pancek (P.) war der Meinung, daß man diese Anfrage abschließend auf die Tagesordnung der ersten Volkstags-Sitzung nach der Unterzeichnung des Wirtschaftsvertrages gestellt habe. Die Empfänge der Journalisten seien nur harmlos und ohne jeden offiziellen Charakter gewesen. Redner schildert dann eine Reihe von Begebenheiten, wie die Neutralitätsklärung Danzigs im russisch-polnischen Krieg, die Reichs-Rath nach dem Sowjetvertretern in Berlin usw., die beweisen sollten, daß beim Senat und den Mehrheitsparteien eine polenfeindliche Stimmung herrsche.

Abg. Dr. Langowski (Pole) beschäftigte sich mit den staatsrechtlichen Verhältnissen Danzigs. Die Souveränität Danzigs sei sehr zweifelhaft, es sei vielmehr ein autonomes Staatsgebilde.

Abg. Dr. Voening (D.P.) betont, daß diese Anfrage seit dem 19. Oktober wiederholt auf polnische Weisung hin von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Von einer demonstrativen Anfrage kann keine Rede sein.

Weitere Redner hatten sich nicht gemeldet, die Aussprache wurde deshalb geschlossen.

In namentlicher Abstimmung wurde alsdann mit 32 gegen 15 Stimmen beschlossen, einer angemessenen Betrag für die

Güterbesitzer in Oppau

abzuführen. Der Hauptausfluß hatte die Bewilligung von 100 000 Mark bezw. 500 000 Mark abgelehnt.

Die Mißhandlung eines Volkstagsabgeordneten durch die Polizei bildete den Gegenstand einer großen Anfrage der U.S.P.

Abg. Rau (U.S.P.) rügte, daß bei Erledigung dieser Anfrage der Polizeisenator Schlimmer nicht anwesend ist. Die Mißhand-

lung des Abg. Raschubowski erfolgte auf der gleichen Polizeiwache in Neufahrwasser, in der nach Angabe des Abg. Neel Mißhandlungen vorgenommen sind. Am 16. September, abends, ließ Raschubowski in der Olwaer Straße in Neufahrwasser Dreifachmühlplatz der U.S.P. an und wurde dabei von Schupo-Männern der Kräfte. Zur Feststellung der Verhältnisse braud man sich in das Wachtlokal. Es entstand ein Wortwechsel worauf ein Schupo-Mann dem Abgeordneten einen Schlag ins Gesicht versetzte. Auf Verlangen des Mißhandelten wurde der nachfolgende Offizier herbeigeholt, eine Feststellung des Vorfalls war aber nicht mehr möglich. Der Senat unterdrückte die Feststellung des Falles. Redner verlangte, daß diesen Übergriffen endlich entgegengetreten wird. Wenn gegen die Mißhandlungen nicht eingeschritten wird, werden sie sich ausbreiten und schließlich zu Todesfällen führen. Eigenartig ist, daß der Abg. Raschubowski jetzt beschuldigt wird, den Schupo-Männern mißhandelt zu haben. Außerdem beantragt der Senat die Immunität des Abg. Raschubowski aufzugeben, weil dieser Mißhandlung angeklagt habe. (Weiterheit links.) Die Abwesenheit des Senators Schlimmer bedeute eine Verstärkung der Linken.

Senatspräsident Dr. Jęchm erklärt in Vertretung des Volkstagsabgeordneten Schlimmer, daß auch das Anheften von Plakaten an Bäumen verboten sei. Plakate dürften nur an die Plakatstelen angebracht werden. (Schärfe Jurist links.) Der Senat selbst hat die Häuser besetzt! Abg. Raschubowski habe verlangt zur Verfügung zu werden. (Zuruf: Doch aber nicht um einhundert zu werden!) Auf der Wache sei es zu einem Wortwechsel gekommen. Die Zeugen hätte bekundet, daß R. angetrunken gewesen wäre. Der Beamte hätte im Verlauf des Wortwechsels den Eindruck gehabt, daß R. ihn fälschlich angeklagt hätte (Wachen links.) und sei es darauf zu den Tätsachen gekommen. Der Übergriff des Beamten ist disziplinarisch bestraft worden.

Abg. Ostrowski (Z.) hält die Bestrafungen wegen Flugblätterverteilung und Plakatankleben in der jetzigen Zeit für unzulässig. Die betr. Gesetze müßten geändert werden.

Abg. Mohn (R.) hofft, daß recht bald eine andere Regierungsmehrheit unter Ausschluß der deutschnationalen Elemente zustande kommt. Der Untersuchungsausschuß dürfte das erforderliche Material ergeben, daß Senatoren wie Jęchm und Kette wegen Verleumdung gegen § 106 ins Zuchthaus kommen müßten. Mit einer Reaktion in deren Mitte Meinungen äßen, dürften die anderen bürgerlichen Parteien kaum noch zusammenarbeiten können. Das Staatsanwalt würde gegen diese Leute wohl kaum vorgehen, da er mit den Deutschnationalen verfilzt sei. Als R. den Senatspräsidenten den Namen offen des Reichstages beschuldigt, erhält er noch Ordnungsrufe. Die deutschnationalen Fraktion verläßt während seiner weiteren Ausführungen der Saal. Redner bezeichnet es als unehrenhaft, daß Abg. mißhandelt werden. Raschubowski seien die Plakate aus der Mappe fortgenommen. Für Jęchm habe er nur noch Beachtung.

Abg. Schlegelmann (Dnail.) bezeichnet die Angriffe Mohns als unwohl.

Senatspräsident Jęchm weist den Vorwurf des Reichstages zurück. Abg. Mohn würde nach der üblichen Rolle, die er im Reich gespielt habe, nicht mehr er ist genannt. Er verbitte sich die Achtung des Abg. Mohn. Er bestreite Verachtung ehren ihn.

Abg. Brückmann (Wd.) schildert ausführlich einen selbst erlebten Vorfall, bei dem ein Kriminalbeamter sich ungebührlich benommen hat.

Ein Antrag Rau will dem Senat wegen seines Verhaltens im Falle Raschubowski das Mißtrauen aussprechen.

Auf Antrag Rau wird die Sitzung mit den Stimmen der Deutschnationalen, U.S.P. und A.P.Z. auf heute nachmittags 8 Uhr verlagert.

Hans und Heinz Kirch.

Erzählung von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Nach der schweigend eingenommenen Mittagmahlzeit hatte Heinz sich oben in der Wachtstube des jungen Paares in die Sofaette gesetzt. Frau Sina ging ab und zu; er hatte den Kopf gesüßt und war eingeschlafen. Als er nach geraumer Zeit erwachte, war die Schwester fort; statt dessen sah er den grauen Kopf des Vaters über sich gebeugt; der Erwachte er glaubte es noch zu fühlen, wie die scharfen Augen in seinem Antlitz forschten.

Eine Weile hasteten beider Blicke ineinander; dann richtete der Jüngere sich auf und sagte: „Nicht nur, Vater; ich weiß es schon. Ihr müchtet gern, daß ich der Passelstriche aus der Armentate wäre; macht auch schon den Gefallen tun, wenn ich mich selbst noch mal zu schämen hätte.“

Hans Kirch war zurückgetreten: „Wer hat dir das erzählt?“ sagte er. „Du kannst nicht behaupten, daß ich dergleichen von dir gesagt hätte.“

„Aber euer Gesicht sagt mir es, und unsere junge Frau. Sie zuckt vor meiner Hand; als soll sie eine Kröte fassen. Wachte erst nicht, was da unterwegs sei; aber heut nacht, da draußen, da schrien es beim Tanz die Uelen in die Fenster.“

Hans Kirch erwiderte nichts; der andere aber war aufgestanden und sah auf die Gasse, wo in Stößen der Regen vom Herbstwinde vorbeigezogen wurde. „Gins aber“, begann er wieder, indem er sich hinsetzte zu dem Alten wandte, „mögt ihr mir noch sagen! Warum damals, da ich noch jung war, habt Ihr das mit dem Brief mir angetan? Warum? Denn ich hätte Euch sonst mein altes Gesicht wohl wieder heimgebracht.“

Hans Kirch fuhr zusammen. In dieser Vorgang hatte seit dem Tode seines Weibes keine Hand gerührt; er selbst hatte ihn tief in sich begraben. Er fuhr mit den Fingern in die Westentasche und ließ ein Bündchen von der schwarzen Tabakswolle, die er daraus hervorgeholt hatte. „Einen Brief?“ sagte er dann; „mein Sohn Heinz war nicht für das Briefschreiben.“

„Was kein, Vater; aber einmal — einmal hatte er doch geschrieben; in Rio hatte er den Brief zur Post gegeben, und später, nach langer Zeit — der Teufel hatte wohl sein Spiel dabei — in San Jago, in dem Fiebernest, als die Briefschaffen für die Mannschaft ausgeteilt wurden, da hieß es: „Hier ist auch was für dich.“ Und als der Sohn vor Freude zitternd seine Hand ausstreckte und mit den Augen nur die Aufschrift des Briefes erst verschlingen wollte, da war es auch wirklich einer, der von Hause kam, und auch

eine Handschrift von zu Hause stand darauf; aber — es war doch nur sein eigener Brief, der nach sechs Monaten uneröffnet an ihn zurückkam.“

Es sah fast aus, als seien die Augen des Alten feucht geworden; als er aber den trübigen Blick des Jungen sich gegenüber sah, verschwand das wieder. „Viel Wahnhilich mag auch nicht darin gestanden haben!“ sagte er großmütig.

Da fuhr ein hartes Lachen aus des Jüngeren Munde und gleich darauf ein fremdbändischer Stuch, den der Vater nicht verstand. „Du mögt Ihr recht haben, Hans Adam Kirch; ganz regulär war es ja nicht hergegangen; der junge Bursche wäre auch damals gern vor seinen Vater hingefallen; Lager aber tausend Meilen zwischen ihnen, und außerdem — das Fieber hatte ihn geschüttelt, und er war erst eben von seinem elenden Kozarellheit aufgestanden! Und später dann — was meint Ihr wohl, Hans Kirch? Wen Vater Tod verlor, der fragt bei der nächsten Feuer nicht, was unterm Fed geladen ist, ob Raffresäde oder schwarze Wägel, die eigentlich aber schwarze Menschen sind; wenn es nur Sublonen gibt, und fragt auch nicht, wo die der Teufel holt, und wo dann wieder neue zu bekommen sind!“

Die Stimme, womit diese Worte gesprochen wurden, klang so wüß und fremd, daß Hans Kirch sich unwillkürlich fragte: „Ist das dein Heinz, den der Kantor beim Anzingsingen immer in die erste Reihe stellte, oder ist es doch der Junge aus der Armentate, der nur auf deinen Teufel spekuliert?“ Er wandte wieder seine Augen präsent auf des anderen Antlitz; die Narbe aber Stirn und Auge stammte brandrot. „Wo hast du dir denn das geholt?“ sagte er. „Ein seines Pastors Rede denkend.“ „Bist du mit Piraten im Gesicht gewesen?“

Ein desperates Lachen fuhr aus des Jüngeren Munde. „Piraten?“ rief er. „Glaubt nur, Hans Kirch, es sind auch dabei brave Kerle! Aber laßt das; das Gespinnst ist gar zu lang, mit wem ich all zusammen war!“

Der Alte sah ihn mit erschrockenen Augen an. „Was sagst du?“ stieg er so leise, als ob es niemand hören dürfe.

Aber bevor eine Antwort darauf erfolgen konnte, wurden schwerfällige Schritte draußen auf der Treppe laut; die Tür öffnete sich, und von Frau Sina gefolgt, trat Lante Jule in das Zimmer. Während sie pustend und mit beiden Händen sich auf ihren Arschstod lehrend, stehen blieb, war Heinz an ihr vorüber schweigend aus der Tür gegangen.

„Ist er fort?“ sagte sie mit ihrem Stöck hinter ihm herweisend. „Wer soll fort sein?“ fragte Hans Kirch und sah die Schwester nicht eben allzu freundlich an.

„Wer? Nun, den du seit vierzehn Tagen hier in Kost genommen.“

„Was willst du mirer, Jule? Du pflegst mir sonst nicht so ins Haus zu fallen.“

„Ja, ja, Hans, und sie wachte der jungen Frau, ihr einen Stuhl zu bringen, und setzte sich darauf; du hast es auch nicht um mich verdient; aber ich bin nicht so, Hans; ich will dir Abhilfe tun; ich will bekennen, der Freize Reimerd mag doch wohl gelogen haben, oder wenn nicht er, so doch der andere!“

„Was soll die Rederei!“ fragte Hans Kirch, und es klang, als ob er müde wäre.

„Was es soll? Du sollst dich nicht betragen lassen! Du weißt, du hast nun deinen Vogel wieder eingefangen; aber dich nur zu, es es auch der Rechte ist!“

„Kommst du auch mit dem Gespinnst? Warum soll es denn nicht der Rechte sein?“ Er sprach das unwirksam, aber doch, als ob es zu hören ihn verlangte.

Frau Jule hatte sich in Postur gesetzt. „Warum, Hans? — Als er am Mittwochabend mit der Sina bei mir sah — wir waren schon bei der dritten Tasse Kaffee, und noch nicht einmal hatte er „Lante“ zu mir gesagt! — „Warum“, fragte ich, „nennst du mich denn gar nicht Lante?“ — „Ja, Lante“, sagte er, „du hast ja mich allein gesprochen!“ Und, heißt du, Hans, das war dein erstermal denn schon gelogen; denn das soll mir keiner nachsagen; ich lasse jedermann zu Worte kommen! Und als ich ihn nach nahe zu mir; zog und mit der Hand und mit meinen elenden Augen auf seinem Gesicht herumfächelte — nun, Hans, die Nase kann doch nicht vor. Ist noch Weß gewachsen sein!“

Der Bruder sah mit gefentem Kopf ihr gegenüber; er hatte nie darauf geachtet, wie seinem Heinz die Nase im Gesicht gestanden hätte. „Aber“, sagte er — denn das Gespräch von vorher lag ihm durch den Kopf; doch schienen ihm die Worte schwer zu werden — „sein Brief von damals; wir redeten darüber; er hat ihn in San Jago selbst zurückgehalten!“

Die beide Frauen lachte, daß der Stoch ihr aus den Händen fiel. „Die Briefgeschichte, Hans! Ja, die ist für den vierzehn Tagen rechtlich wieder aufgedeckt; davon konnte er für einen Dreißling bei jedem Bettelnde einen Guppenfüßel voll bekommen! Und er mußte dir doch auch erzählen, weshalb der echte Heinz denn all die Jahre draußer blieb. Laß dich nicht nachfassen, Hans! Warum denn hat er nicht mit dir wollen, als du ihn von Hamburg holtest? War es denn so schlimm, wieder einmal an die volle Armentate und was warme Rest zu kommen? — Ja, will es dir sagen; daß ich er hat sich so geschwind nicht zu dem Scheinewaghaus reistieren können!“

Hans Adam hatte seinen grauen Kopf erhoben, aber er sprach nicht; bapowischen; fast begierig horchte er auf alles, was die Schwester vorbrachte. (Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Die Rechte der Rentenempfänger.

Wie den beteiligten Kreisen aus Zeitungsberichten, direkten Nachrichten und Mitteilungen ihrer Interessentenvereinigungen wohl allgemein bekannt geworden ist, zählt das Deutsche Reich — vorläufig bis Ende d. J. — an die im Danziger Gebiet wohnhaften Arbeiterrentenempfänger usw. die Versorgungsgebühren weiter und zwar mit den erhöhten Beträgen auf Grund der nach der Wiedereingangs des Deutschen Reiches ergangenen neuer Pensionierungs- und Versorgungsgeetze. Soweit die Umrechnung der Gebühren nach den neuen Gesetzen noch nicht durchgeführt ist, werden von den Pensions- oder Versorgungsbehörden auf die neu festzusetzenden Gebühren entsprechende Vorzuschüsse geleistet. Die Pensions- und Empfänger von Militärversorgungsgebühren Danziger Staatsangehörigkeit sind damit bezüglich der laufenden geldlichen Leistungen den deutschen Reichsangehörigen gleichgestellt.

In letzter Zeit hat in den beteiligten Kreisen die Befürchtung Platz gegriffen, daß der zeitliche Zustand eine Verlängerung über Ende dieses Jahres hinaus nicht erfahren könnte, und daß die Zahlung durch das Deutsche Reich überhaupt eingestellt oder lässig nur nach den Bestimmungen der alten Pensions- und Versorgungsgeetze vorgenommen werden wird. Diese Befürchtung ist, wie mitgeteilt werden kann, nicht begründet. Dagegen unterliegt die Frage der Prüfung, nach welchen Grundätzen für die Zukunft die entsprechende Sicherstellung der deutschen Pensionäre und Empfänger von Militärversorgungsgebühren Danziger Staatsangehörigkeit erfolgen kann.

Die Krankenkassenwahl

am Sonntag, den 13. November, verlangt das Interesse aller freien Gewerkschafter. Nur die Liste des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes garantiert für einen erfolgreichen Ausbau der Krankentasse. Die Liste der freien Gewerkschaften ist die Liste V 1 und beginnt mit den Namen:

1. Bußo, Robert, Buchdrucker
2. Kasche, Felix, Versteindreher
3. Häg, Max, Gewerkschaftsorganisteller
4. Guban, Wilhelm, Gewerkschaftsorganisteller
5. Anauer, Karl, Gewerkschaftsorganisteller
6. Rod, Heinrich, Maschinenmeister
7. Siegmund, Artur, Gewerkschaftsorganisteller
8. Müdiger, Friedrich, Fabrikarbeiter
9. Weiß, Otto, Bäcker
10. Schulz, Karl, Schneider
11. Meel, Walter, Arbeiterleiter
12. Garbe, Willi, Müller
13. Dohrling, Artur, Tapetier
14. Lehmann, Theodor, Weichholzarbeiter
15. Frost, Erich, Bureauangestellter
16. Föhlen, Anton, Erbsenbinder
17. Henning, Emil, Tischler
18. Scherrel, Artur, Bauhilfsarbeiter
19. Neubauer, Gustav, Arbeiter
20. Rieb, Karl, Bote
21. Mündt, Joseph, Hilfsarbeiter
22. Sperling, Paul, Maschinenführer
23. Gündel, Arno, Elektromonteur
24. Glend, Walter, Musiker
25. Gahn, Emil, Krankentassenangestellter
26. Weiß, Jakob, Kupferschmied
27. Katen, Artur, Buchbinder
28. Bornowski, Johann, Fabrikarbeiter
29. Potred, Bruno, Steindrucker
30. Stasik, Alfred, Vorführer

Ein Schupheiß.

Wegen verächtlicher Beleidigung, Nötigung durch Amtsmißbrauch und Widerstand hatte sich der Wachmeister Pr. von der Schuppolizei vor Gericht zu verantworten. Am 21. Januar abends traf Pr., der sich in Zivil befand, in einem Restaurant in Langfuhr zwei Frauen, die er zum Überdies einlud und mit denen er aß. Nachdem man gemeinschaftlich das Lokal verlassen, machte Pr. der einen der beiden Frauen einen unflätlichen Antrag, den diese zurückwies. Darauf erklärte Pr. ihr, er würde sie verhaften und zog zugleich seine Pistole aus der Tasche. Darauf rief die Frau um Hilfe. Ein Zollbeamter hörte die Rufe von seiner Wohnung aus, bewaffnete sich mit seiner Dienstpistole und eilte auf die Straße hinaus. Als er dort Pr. mit der Pistole in der Hand sah, gab er zunächst zwei Alarmschüsse ab, dann eilte er auf Pr. zu, um ihm die Pistole zu entwenden. Inzwischen waren zwei Beamte der blauen Polizei hinzugekommen, die Pr. und die Frau zur Feststellung des Tatbestandes nach der nahen Polizeiwache brachten. Dort wurde Pr. die Schupwaffe abgenommen und ihm, da er sich legitimiert hatte, bedeutet, daß er gehen könne. Das tat er aber nicht, sondern erging sich in Beleidigungen gegen die blauen Polizisten und behauptete, sie seien sämtlich betrunken. Bei dem Kommando seiner Truppe machte er die gleichen Angaben und fügte hinzu, daß er von den Schuldeuten der Wache erheblich mißhandelt worden sei, was natürlich dem Bericht des Kommandos der Schuppe an die Polizei bemerkbar wurde. Daraufhin erhoben die blauen Polizeibeamten des betreffenden Reviers sämtliche Klage wegen Beamtenbeleidigung. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht verlief zum Gunsten des Angeklagten, der wegen der Nötigung durch Amtsmißbrauch zu drei Monaten und wegen Beleidigung und Widerstand noch zu weiteren drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Den beleidigten Beamten der blauen Polizei wurde außerdem das Recht der Publikation auf Kosten des Angeklagten zugesprochen.

Sitzung der Verbraucherkommission. In der gestrigen Sitzung der Verbraucherkommission kam nachmal die Kartoffelversorgung zur Sprache. Es wurde hervorgehoben, daß die Bedeutung einer vollkommenen Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. In dieser Hinsicht habe aber die öffentliche Bewirtschaftung ebenso versagt, wie der freie Handel. Kartoffeln sind jetzt natürlich ausreichend vorhanden, aber die Verbraucher erhalten sie nicht. Nach einer Auskunft der polnischen Außenhandelsstelle werden für 35 000 Tonnen Kartoffeln Ausfuhrnennungen aus Pommerellen gegeben. Die Ausfuhrnennungen werden täglich an Händler, Vertriebs- und Verbraucher verteilt. Große Mengen sind bereits genehmigt, so daß der Kartoffelmangel eigentlich behoben sein dürfte. Täglich werden etwa 300 Personen abgefertigt. Auf Grund dieser Scheine können in Pommerellen die Kartoffeln im freien Handel ausgesetzt und nach Danzig eingeführt werden. Die Verbraucherkommission befragte sich nur über den hohen Preis und man wußte nicht, ob dieser im freien Handel, oder in Pommerellen verursacht worden ist. Einen Einfluß habe man aber nur innerhalb des Freistaates. Der Senat soll beschließen, dahin zu wirken, daß die Inlandskartoffeln

ist im Besitz zu verbleiben. Auf die Erzeugung der Kartoffeln kann man gerade verzichten. Mit der hohen Saat angebauter Kartoffeln der Erzeugung von Kartoffeln während der Winterzeit war man nicht einverstanden. Die Versorgung der Verbraucher bezüglich der Erzeugung von Kartoffeln zu ihrer Ernährung ist nicht einfordern. Es wurde betont, daß ein höherer Wert seinen Arbeitern und Angehörigen bei der Erzeugung der Nahrungsmittel, wie die Kartoffeln, erheblich billiger liefert. Wodurch wurde die in Danzig geführte Erzeugung der Kartoffeln besprochen. Man erklärte sich dagegen, daß die Preise höherer Nahrungsmittel durch Besteuerung erhöht werden. Jeder aber sei sein Vermittel, sondern ein wertvolles Nahrungsmittel, das gleichzeitig dazu dient, die Speisen wohlschmeckender zu machen, womit eine bessere Verwendung der Nahrungsmittel zusammenhängt. Senat und Volkstag sollen beschleunigt werden, diese Erzeugung nicht zu erhöhen. — In Bezug auf die Brennholzversorgung hat die polnische Außenhandelsstelle mitgeteilt, daß die Einfuhr nach Danzig jetzt freigegeben ist. Eine für Danzig ist noch eine Ausfuhrnennungs erforderlich. — Was den Risse betrifft, so wurde mitgeteilt, daß eine Ausfuhr jetzt wohl ebenfalls abgelehnt sei. Der Risse sei aber gar nicht so übertrieben vorhanden. Im Januar würde er vielleicht schon übertrieben sein. Mit dem Höchstpreis für Bitter erläßt man sich einverstanden.

Danziger Beitritt zu internationalen Konventionen.

Im Namen Danzigs hat die polnische Regierung der Schweizer Bundesregierung Danzigs Beitritt zu einer Reihe internationaler Konventionen notifiziert, u. a. zur Genfer Konvention des Roten Kreuzes und zur Berner Konvention von 1920 über Schutz und Markenartikulation, der durch den Weltkrieg betroffenen Industrieurteile.

Ein Körperschaftensteuergesetz ist dem Polsttag zugegangen. Die Steuerpflicht der nichtphysischen Personen beginnt mit einem Einkommen von mehr als 1000 Mark. Die Steuer beträgt 10 vom Hundert und erhöht sich je nach der Höhe des ausgeschütteten Gewinns bis auf 20 Prozent. Gemeinnützige Unternehmungen sind von der Steuer befreit. Das Gesetz soll ab 1. April 1921 in Kraft gesetzt werden. Zur Begründung des Entwurfs wird gesagt, daß die geforderten Sätze denen des Deutschen Reiches gleichkommen. Da aber die Einkommensteuer der Einzelpersonen höhere Beträge bringen muß als im Deutschen Reich, so soll auch diese Einkommensteuer höhere Beträge aufbringen. Man will das dadurch erreichen, daß man die ausländischen Erwerbengesellschaften zur Steuer stärker heranzieht.

Die Wahl der Arbeitgebervertreter für die Allgemeine Ortskrankenkasse findet nicht statt, da nur eine Liste eingereicht worden ist. Die Vorgelegenen gelten als gewählt, darunter befinden sich auch Arbeitgeber, die den freien Gewerkschaften nahestehen.

Streik. Die Arbeiter der Danzig-Rattowitzer Eisenhandels-Gesellschaft (früher Goldberg) in Schwanitz sind heute morgen in den Streik getreten. Es ist Ehrensache aller Arbeiter Solidarität zu haben.

Die Westpreussische Landwirtschaftliche Feuerzettel wird ihren Betrieb nicht einstellen. Die ungehenden Gerüchte treffen nicht zu. Bedinglich in Pommerellen hört die Versicherungstätigkeit der Sozialität mit dem 31. Dezember 1921 auf; dagegen bleibt der Betrieb in den preussisch gebliebenen Teilen Westpreußens und im Freistaat Danzig unverändert bestehen.

Die Fledermausausführung zugunsten Jenkau am Sonnabend abend im Wilhelmtheater erweist auch diesmal wieder großes Interesse. Die Nachtrage nach Karten ist rohe. Die Karte sind im wesentlichen die gleichen geblieben. Fräulein Scaron vom Joppoter Stadttheater hat liebenswürdig die Rolle der Rosalinde übernommen.

Stadttheater Danzig. Frau Gertrud Scholdt, Berlin, debütiert am kommenden Sonnabend ein einmaliges Schauspiel als Lena Gessel in Ibsens „Etähen der Gesellschaft“. Am Tage darauf (Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 11 Uhr) wird die Gastia eine Vorgeleser: „Frauengestalten im Drama“ abhalten.

W. O. Ronny Johansson tanzte gestern abend unter der musikalischen Leitung des Pianisten S. Smidt-Gregor im Schützenhaussaal acht Tänze recht verschiedenen Charakters: Beethovens „Deutsches Lang“ und den Cis-Moll-Walzer von Chopin, Mozarts „Gavotte française“ und eine Polka von Glazounoff, außerdem Stücke von Paderewski, Grieg, Wade und Strauß. Das weltliche Erfindungs, und das, was diese tanzenbe Schmeidler vor den meisten ihrer Kunstgenossinnen voraus hat, ist ihre außerordentliche Musikalität, die sie bei der Auslegung und Charakterisierung der Tonrichtungen zeigt, mit denen sie rhythmisch wie verwachsen war. Es war da interessant festzustellen, daß dieser hohe musikalische Sinn nicht lediglich technisch und erlernt ist, denn, ohne an dem Inhalt und Charakter der Glazounoffischen Polka etwas zu ändern, fiel dieser da capo gebotene Tanz doch in seinen Bewegungen so anders aus, als das erste Mal; betonter, heftiger, reicher variiert. Auch der köstliche Humor, der dieses Stück würzt und seine Art als Polka betonte, überschritt doch nirgend die Grenze und ging etwa ins Farckenhafte, Groteske, Teufelisch. Ronny Johansson gleichfalls sehr gut durchgebildet, ob sie in willig hingebendem Ufferspiel den Rhythmen eines Tanzes folgt, oder in mutwilligen Staccato-Spielen die Szene durchmischt, ob sie in mäßigerer Innigkeit und Lieblichkeit den Tönen einer Serenade folgt oder mit mimischer Suggestivität ein Chopinches Mod-Ergebnis wiedergibt, alles ist von gleichem, hohem Reiz des Gewählten, denn streng künstlerisch Abgewogenen. Aber ihr was irgend Kompetenz, daß man ihnen frei und begnügte sie sich mit Wiederholungen, wo man neue, stärkere Ausdrucksformen wünschte. Der geschmeidige, mit sehr geschmackvoller Anwendung bedeckte Körper bewegt sich auf stark muskulösen Beinen, die das Bildhafte mancher, namentlich ruhigerer Figuren, aber nicht wesentlich zu beeinträchtigen vermöchten. Ihre Darbietungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Was die Musik belangt, so ist ein Klavier für Begleitung von Solo-Summationen immer eine gewagte Sache, und das gänzlich, wenn es ein Exemplar ist, wie das, das dem Pianisten Smidt-Gregor gestern zur Benutzung zur Verfügung stand. Auch die sonstigen musikalischen Umstände, die seine Tätigkeit sehr erschweren, waren wenig dazu angetan, den Eindruck der rein pianistischen Darbietungen zu heben, die auch ohnedies kaum über den einer gewissen mehr manuellen Fertigkeit hinausgegangen wären.

Volkshilfsvereine.

Der Touristenverein hat sich ein neues Emblem wählen lassen, das er nach dem Wenden des Jahres 1920 wählen wird. Die Veränderungen der Schulung sind im Programm 1921 gegeben. Die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden, die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden, die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden.

Die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden, die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden, die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden.

Die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden, die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden, die Jugend soll in die Arbeit und in die Welt der Arbeit hineingeführt werden.

Feuer in Altdorf bei Opa. Gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr brannte die mit Grubenarbeiten voll gefüllte Schube des Altdorfer Bahnhofs. Die Danziger Bahn hat zwei Dampflokzügen zur Stelle. Die Ursache des Feuers wird ermittelt.

Freiabend am Strande. Ein Ausflieger aus Opa habe mit einem Pfeifen am Strande von Schuppenhütten und hat dabei Badehosen vergessen. Ein Schwimmverein hat den Badehosen die mögliche Anzeige. Der Ausflieger steht für die Badehosen gerichtet verantwortlich. Er ist heute in die Badehosen zu haben. Da er seine Badehosen vergessen hat, hat er auch einen Badehosen vergessen. Es wurde beschlossen, die Badehosen dem Schwimmverein zu geben, der es dem entsprechenden Schwimmverein zu geben.

Alte. Nach einer Verhandlung des Gemeinderates ist der Wohnungskomitee eine der Urkunden der Mietverträge, die den Mietern während der letzten Zeit in den Mietverträgen gegen ihren Willen grundsätzlich nicht aufrechterhalten werden können.

Polizeibericht vom 27. Oktober 1921. Verhaftet: 2 Personen, darunter: 1 wegen Raub, 1 wegen Diebstahl, 1 wegen Schmuggels, 1 wegen Betrugs, 2 per Verhaftung, 11 in Polizeihaft. — Obdachlos: 2 Personen.

Veranstaltungs-Anzeige

Vortragabend: Weizen und Getreide der Welt. Am Donnerstag abend 7 Uhr im Konzertsaal des Stadttheaters, Redaktionsplatz 17/2, 2. u. 3. Stock. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses.

Gesellschaftlicher Verein Danzig. Am Donnerstag abend 7 Uhr im Konzertsaal des Stadttheaters, Redaktionsplatz 17/2, 2. u. 3. Stock. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses.

S.P.O. Opa. Am Donnerstag, den 27. Oktober, abend 7 Uhr im Konzertsaal des Stadttheaters, Redaktionsplatz 17/2, 2. u. 3. Stock. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses.

Verband der Gemeinde- und Staatsbeamten. Am Freitag, den 28. Oktober, abend 7 Uhr im Konzertsaal des Stadttheaters, Redaktionsplatz 17/2, 2. u. 3. Stock. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses.

Arbeiterjugend Danzig. Am Dienstag, den 29. Oktober, abend 7 Uhr im Konzertsaal des Stadttheaters, Redaktionsplatz 17/2, 2. u. 3. Stock. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses. Vortrag abend des Arbeiterbildungsausschusses.

BOEGEN
Nr. 10 . . . 25 Pf.
Nr. 11 . . . 25 Pf.
Nr. 12 . . . 25 Pf.
Gosda, Kurt
Gosda, Kurt

Wohlstandsnachrichten vom 27. Oktober 1921.

Amstelt . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Berlin . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Breslau . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Dresden . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Frankfurt . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Hamburg . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Köln . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Leipzig . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
München . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Nürnberg . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Stuttgart . . .	0,25 - 0,30	Wien . . .	1,10 - 1,15
Wien . . .	1,10 - 1,15	Wien . . .	1,10 - 1,15

Gosda Schnupftabak
Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hildesheim.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber, Danzig; für: Interad Bruno Ewert in Opa. — Druck und Verlag von J. G. H. u. Co., Danzig.

Bekanntmachung
 betr. Neuwahl des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig.
 Die auf Sonntag, den 13. November 1921 in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags anberaumte Wahl der Arbeitgebervertreter findet nicht statt, weil nur eine Wahllochkategorie eingegangen ist und daher die in dieser vorgeschlagenen Personen als gewählt gelten. (Veröffentlichung der Namen der Gewählten erfolgt demnächst mit den Namen der gewählten Vertreter der Versicherten.)
 Für die am genannten Tage stattfindende Wahl der Versichertenvertreter (zu vergl. unsere Bekanntmachung vom 30. September 1921) übermitteln wir den Arbeitgebern in den nächsten Tagen die Wahlausweise (Wahlkarten) der wahlberechtigten Versicherten mit der Bitte, sie diesen zu beibringen. (5437)
 Der Vorstand
 der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig
 Jopengasse 52.

Bekanntmachung.
 Vom 1. November ds. Js. dürfen die bahnamtlichen Rollführerunternehmer in Danzig, Langfuhr, Neufahrwasser, Olwa und Joppe folgende Gebühren erheben:
 Für jede Frachtbefreiung und je an-
 gefangener 10 kg
 a) bei Eisenbahn... M 1.20
 mindestens... M 6.-
 b) bei Frachtbefreiung... M 1.-30
 mindestens... M 4.50
 Dementsprechend erhöhen sich auch die Ausnahmefähigkeit für herrige, leicht zerbrechliche und ähnliche Güter.
 Das Lagergeld beträgt für je 50 kg und 30 Tage M 1.-, mindestens M 1.50.
 Danzig, im Oktober 1921. (5434)
 Freistadt-Eisenbahndirektion.

Stadttheater Danzig.
 Direktion: Rudolf Schaper.
 Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr:
 Dauerkarten A 2.
Der Vetter aus Dingsda
 Operette in 3 Akten von Hermann Haller u. Ribemont.
 Musik von Edward Künneke.
 Szenische Leitung: Erich Sternedl.
 Musikalische Leitung: Ludwig Schiefl.
 Inspektion: Emil Werner.
 Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/4 Uhr.
 Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2. „Die Abigailen.“
 Musikalische Leitung: Erich Sternedl.
 Szenische Leitung: Ludwig Schiefl.
 Inspektion: Emil Werner.
 Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/4 Uhr.
 Samstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 2. Er-
 löse: Preise. Einmaliges Gastspiel Gertrud Esjoldt: „Die Stützen der Gesellschaft.“ (Lena Esjoldt: Gertrud Esjoldt als Gast).

Wilhelm-Theater
 verleiht auf dem Stadttheater Zoppel, Dir. Otto Norzmann
 Heute, Donnerstag, den 27. Okt.: Geschlossen.
 Morgen, Freitag, den 28. Oktober,
 abends 7 1/2 Uhr
 Kassenöffnung 6 Uhr.
„Die Postmeisterin“
 Operette in 3 Akten, Musik von Leon Jessel.
 Sonnabend, den 29. Oktober,
 abends 7 Uhr
 Wohltätigkeitsvorstellung.
 Wiederholung:
„Die Fledermaus“
 Vorverkauf im Warenhaus Geby, Freymann, Kohlmarkt,
 von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
 an der Theaterkasse. (5245)
„Libelle“
 Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Künstlerspiele
 Hotel Danziger Hof
 Täglich Vorstellung
 das unübertroffene
 Oktober-Programm
 Freitag, den 28. Oktober:
 Ehren-Abend
Elsa Krüger
 unter Mitwirkung erster Künstler
 Nach dem Theater in allen Räumen
Reunion!
 mit Ballettaufführungen
 Vorverkauf im Büro Danziger Hof.
 (5412)

Die große Kunst, bestes und
 stimmungsvoll unterhalten zu
 werden, pflegt sehr sorgsam jetzt in
 seiner Großen Saison das beliebte

Adami-Quartett
 Wie immer: Die beste Musik!
Ehrenabend für den genialen
 Humoristen **Fred Dressler**
 unter Mitwirkung erster Kräfte
 hiesiger Kabarett- und Bühnen
 Für Kabarett und Bar besonderer Eingang.
 (5438)
Brett'l
 Große Ailee
 8 Uhr

Café Derra
 Heute Donnerstag: (5317)
Vornehmer Tanz-Abend.
 Anfang 8.30 Uhr. J. Derra.

MALPAUS' RARITÄT

 Die unübertroffene
 Qualitäts-Cigarette
 (5307)

Hüte
 für Damen und Herren
 werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
 Formen bei sorgfältigster Ausführung in
 kürzester Zeit
umgepreßt,
 gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
 Annahmestelle
 nur Lewandegasse Nr. 6-7.
 (gegenüber der Markthalle). (4208)

Für Puddings, Flammeris,
 Suppen, Funken, Torten usw.
 verwende man stets

Dr. Oetker's Gustin
 Bestes, deutsches Fabrikat!
 Volles deutsches Pfundgewicht!

Bevor Sie
 Ihren Bedarf in
**Herren-Anzügen, gestreiften Hosen,
 Ulstern, Raglans, Joppen und Hüten**
 decken, prüfen Sie ohne jeden Kautzwanq in Ihrem
 eigensten Interesse meine Preiswürdigkeit.
 Beachten Sie bitte meine Schaufensterauslagen.
Bekleidungshaus Rekord
 nur Ketterhagergasse 9. (5436)

Hest 4 der
Danziger Blossen
 ist soeben erschienen!
 Buchhandlung Volkswacht

Anfertigung sämtlicher
DRUCKSACHEN
 in geschmackvoller und
 sauberer Ausstattung
Massenaufgaben
 in kürzester Zeit
 zu billigen Preisen
 Kataloge - Broschüren
 Zeitschriften - Bücher
Buchhandlung
 Sozialistische Literatur
 in grösster Auswahl
Danziger Volksstimme
 Fernsprecher 3290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Maschinenschriften
 auch auf poln. Masch.
 Tages- und Abendkurse
 Otto Slada, Neugarten 11, I

Nähmaschinen-
 reparaturen rasch u. billig.
Bernstein u. Comp.
 Rangasse 50. (5126)
 Suche für meine 18jähr.
 Tochter Stelle z. Erlernung
der feinen Stiche
 im Hotel oder Restaurant.
 Weyke, Abegg-Casse 5 a, II.

Kaufhaus „Zur Fähre“
 35 Langebrücke 38
 Ständig günstige Einkaufsgelegenheit in
**Arbeiterbekleidung,
 Strickwaren und Wolle**

Leder
 sowie sämtliche
Schuhmacher-Bedarfsartikel
 empfiehlt
Georg Nemitz, Lederhandlung
 Pfefferstadt Nr. 50
 Nähe Hauptbahnhof (4486)

Rat! in Steuer-, Verwaltungs-,
 Ehe- und Strafsachen. Be-
 obachtungen. Buchführung
 usw. von ersten Fachleuten erteilt
Danziger Treuhandgesellschaft, (4938)
 Sorbenmachersgasse 2, Telefon 2553
 Joppe, Saffnerstraße 18, Sprechzeit 9-3 Uhr.

Pa. ostpr. Preßtorf
 höchste Holzkraft
 Trockenes, gesundes und ostenfertiges
Brennholz liefern ab Lager
 und frei Haus.
 Eintragungen in die Kundenliste zur Belieferung mit
Kohlen etc. erfolgen im Kontor.
 Poggenpuhl 35 und Schuppen **Karrenwallplatz.**
Klingbell & Co.,
 Kohlenhandlung. (5235)